Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3390.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 356. Mittwoch den 16. Juli 1902. 96. Jahrgang.

Wohnungspolitik und Wohnungsnoth.

C. Ohne gesunde Wohnungen kein gesundes Geschlecht. Die Gegenwart hat dieses Wort aus der Noth der Zeit heraus geprägt. Es trifft nicht immer, aber doch im Allgemeinen zu. Die Wohnungsfrage ist von Allen nach vorwärts blickenden Sozialpolitikern als eine der wichtigsten in der Gruppe socialer Fragen erkannt, die Gegenwart und Zukunft zu lösen haben. Daher seit einigen Jahren die eifrige Arbeit auf diesem Gebiet, daher das mühevolle Suchen nach dem besten Wege, der auch der ärmeren Bevölkerung ein genügendes Maß von Luft und Sonne in die Wohnung bringt.

Bei der Bedeutung dieser Frage ist es die Pflicht des Socialpolitikers, die Vorschläge zu ihrer Lösung stets im Auge zu behalten. Auch der vor Kurzem in Düsseldorf abgehaltene internationale Wohnungscongreß verdient daher Beachtung. Seine Verhandlungen haben sicher die Anschauungen auf den verschiedenen Gebieten der Wohnungspolitik geklärt; namentlich aber ist es nothwendig, sich mit einer dort vorgeschlagenen Wohnungspolitik großen Stils, wie sie von Landesrath Brandts-Düsseldorf und Dr. von Mangoldt-Dresden vertreten wurde, bekannt zu machen. Man hat dort folgende Zahlen aufgestellt, die nicht ganz, aber doch sicher annähernd richtig sind: die Volksvermehrung in Deutschland ist auch in Zukunft auf 500 000 Menschen jährlich anzunehmen. Etwa 75 Procent derselben müssen in kleinen Wohnungen untergebracht werden, also sind jährlich zunächst für 350 000 Menschen Wohnungen im Umfange bis zu drei heizbaren Zimmern zu schaffen. Zu diesem Bedarf tritt jedoch der Ersatz für jene kleine Wohnungen hinzu, die durch Alter unbrauchbar wurden oder bei Straßendurchbrüchen und bei Errichtung von Geschäftshäusern u. s. w. verschwinden. Man nimmt an, daß im Jahre mindestens für ¾ Procent der in kleinen Wohnungen hausenden Bevölkerung aus diesem Grunde eine neue Unterkunft zu schaffen ist. Berücksichtigt man, daß von der 56 Millionen betragenden Bevölkerung Deutschlands drei Viertel auf kleine Wohnungen angewiesen sind, so würden für 280 000 Personen, gleich ¾ Procent von 42 Millionen, derartige Wohnungen zu schaffen sein. Nach dieser Rechnung müßten also in Deutschland in jedem Jahre für 630 000 Personen kleine Wohnungen gebaut werden. Zählt man auf die Wohnung vier Insassen, so ergiebt das 150 000 kleine Wohnungen, und setzt man durchschnittlich für jede 4000 ℳ Bau- und andere Kosten an, was gering gerechnet ist, so kommt eine Bausumme von jährlich 600 Millionen heraus. Diese Zahlen stimmen natürlich nicht nach dem Apothekergewicht. Aber sehr weit werden sie sich nicht von der Wirklichkeit entfernen; man kann sich von ihnen ein leidlich richtiges Bild des Bedarfs machen.

Wer sorgt nun für die Befriedigung dieses Bedarfs? Die Frage ist keineswegs leicht zu beantworten; verschiedene Wohnungspolitiker haben über sie mühevolle und weitläufige Untersuchungen angestellt. Es ist bekannt, daß im Verfolg der heutigen socialen Anschauungen Arbeitgeber, Staat, Gemeinden und Baugenossenschaften aller Art sich mit der Errichtung kleiner Wohnungen befassen, nach Dr. von Mangoldt wird jedoch die überwiegende Zahl dieser Wohnungen auch heute noch von Bauunternehmern gewerbsmäßig auf Speculation gebaut. Eine dem Düsseldorfer Congreß vorgelegte Denkschrift des genannten Wohnungspolitikers untersucht die Mängel des heutigen rein privatcapitalistischen Bausystems und kommt zu dem Schluß, die Erfahrung von Jahrzehnten lehre ebenso wie die theoretische Erwägung, daß mit diesen Mängeln die heutige Wohnungsnoth eng zusammenhänge. Ebenso lehre Erfahrung und Erwägung, daß diese Mängel von dem heutigen rein privatcapitalistischen System des Bauwesens untrennbar seien. Auch die Gemeinnützigkeit Einzelner, wie die Arbeit der Genossenschaften vermöchten die Wohnungsnoth wohl zu mildern, aber nicht zu beseitigen. Auf dem Düsseldorfer Congreß verlangte man daher eine umfassende und tiefgreifende Einwirkung der öffentlichen Körperschaften. Es wurde betont, unbedingt nöthig sei, die privatcapitalistische Errichtung kleiner Wohnungen völlig umzuwandeln. Man geht dabei von dem Gesichtspuncte aus, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich ist, das private Baugewerbe zu ersetzen, man will dasselbe daher in seinen Grundlagen umgestalten und der Wohnungsreform dienstbar machen. Dazu erscheint den Freunden dieser Umgestaltung weniger der Erlaß von behördlichen Vorschriften, als eine directe starke Antheilnahme öffentlicher Stellen an der Errichtung kleiner Wohnungen nöthig, um auf diesem Wege in das private Baugewerbe gemeinnützige und socialpolitische Gesichtspuncte hineinzutragen. Um das zu erreichen, wird vorgeschlagen, für jede Provinz solche öffentliche Stellen zu schaffen, die, ohne selbst viel zu bauen, in der Lage wären, an der Bauthätigkeit ihres Bezirks starken Antheil zu nehmen, sie zu beeinflussen und zweckmäßig zu ergänzen, wie auf die derart geschaffenen Wohnungen dauernd einen gewissen Einfluß auszuüben. Zweckmäßiger als die noch stärkere Heranziehung der Landesversicherungsanstalten zu dieser Aufgabe würde die Gründung von Wohnungsbanken sein, wie sie seit einiger Zeit bereits von verschiedenen Seiten verlangt werden.

Diese Banken denkt man sich als staatlich ausgestattete Provinzialanstalten. Man will ihnen das Recht geben, Pfandbriefe unter Gewähr der Provinz oder auch des Staates auszugeben. Landesversicherungsanstalten, Sparcassen u. s. w. sollen gehalten sein, einen Theil ihrer Gelder in diesen Pfandbriefen anzulegen. Auf diese Weise würden derartige Banken in der Lage sein, für den Bau von kleinen Wohnungen verhältnißmäßig billiges und von den Schwankungen des Geldmarktes weniger abhängendes Bau- und Hypothekencapital zur Verfügung zu stellen. Man glaubt, daß diese Anstalten bald die hauptsächlichsten Geldquellen für den Bau kleiner Wohnungen in ihrem Bezirke sein würden. Diese Banken sollen Geschäfte mit jedem soliden Bauunternehmer machen. Sie sollen jedem, also nicht etwa nur Behörden, Baugenossenschaften und ähnlichen Vereinigungen, ihre großen Vortheile gewähren. Doch sie würden dafür ihre Bedingungen im Interesse der Gesundung des Bau- und Wohnungswesens stellen. Für kleinere Orte, wo es jetzt zuweilen an Bauunternehmern fehlt, würden sie solche heranziehen; den Betrag, welchen jetzt Bau- und Hypothekengeldvermittler verdienen, würden sie ersparen und den Wohnungsbedürftigen zufließen lassen, denn selbstverständlich würde bei ihnen nur auf Deckung der Selbstkosten zu sehen und jede Gewinnabsicht auszuschließen sein. Es wird betont, daß eine Decentralisation der Bevölkerung dringend nothwendig ist und über der Wohnungsreform in den Städten dieselbe auf dem Lande nicht vernachlässigt werden darf. Für beide Zwecke würden aber die Wohnungsbanken nicht nur nützlich, sondern geradezu nothwendig sein.

Mit der Schaffung von Wohnungsbanken wäre aber die Mitwirkung der öffentlichen Körperschaften bei der Lösung der Wohnungsfrage noch keineswegs erschöpft. Es wird von ihnen weiter verlangt, daß sie eine bis zu 90 Procent des Gesammtwerthes steigende Hypothek in Fällen gewähren, wo ohne solches Entgegenkommen ein für nothwendig und als durchführbar erkannter Wohnungsbau unterbleiben müsse. Die Gewährung dieses letzten Hypothekentheils könnte nur unter Vermittelung, aber nicht auf eigene Rechnung und Gefahr der Wohnungsbanken geschehen, da diese auf mündelmäßige Sicherheit ihrer Pfandbriefe bestehen müssen. Es würde hier also eine besondere Aufgabe der öffentlichen Körperschaften oder auch der Gemeinnützigkeit vorliegen. Man hofft, daß vielleicht das Reich sich der Sache annimmt, nachdem es in neuerer Zeit einen Anfang dazu gemacht hat durch Gewährung der letzten und hochauslaufenden Hypotheken an solche Baugenossenschaften, die sich die Errichtung gesunder Wohnungen für Unterbeamte und Arbeiter zum Ziele setzten.

Es drängt sich natürlich die Frage auf: wer sind jene öffentlichen Körperschaften? Die Wohnungsreformer verstehen unter ihnen den Staat, die Gemeinden und weitere Communalverbände. Sie sollen diesen ganzen Kreis von Aufgaben durch planmäßige Arbeit erledigen. Unter Staat will man sowohl das Reich, wie die Einzelstaaten verstanden wissen. Eine Lösung der Wohnungsfrage auf dem hier beschriebenen Wege würde auch eine kraftvolle sociale Bodenpolitik, eine Abänderung des Miethrechtes, des Miethprocesses und der Zwangsvollstreckung, Reformen im Hypothekenrecht und im Erbbaurecht nothwendig machen. Eine Mitwirkung des Reiches wäre also unerläßlich. Auch glauben die Wohnungsreformer, daß ihre Aussichten im Reichstage viel besser als in manchen Einzellandtagen seien und sich nur an ein Vorgehen des Reiches eine einheitliche, große Volksbewegung für Wohnungsreform anschließen könne. Das Reich soll diese Reform in großen Zügen gesetzlich festlegen, die von ihm überwachte Ausführung seiner Wohnungspolitik soll dagegen Aufgabe der Einzelstaaten sein.

Arthur Balfour.

Der jetzige Lord-Geheimsiegelbewahrer und Führer der Conservativen in England, Arthur Balfour, ein Neffe des abgegangenen Lord Salisbury, ist am 25. Juli 1848 geboren. Er wurde in Eton und Cambridge herangebildet und trat bereits 1874 ins Unterhaus ein. In den Jahren 1874—1880 war er Privatsekretär des Lord Salisbury und nahm mit diesem am Berliner Congreß Theil. Seine ersten parlamentarischen Lorbeeren holte sich Balfour in der Opposition. Er bewegte sich mit großer Sicherheit in der parlamentarischen Arena und begann als Neffe seines Oheims und für seine Person zu den angehenden politischen Häuptlingen gerechnet zu werden. Als 1885 die conservative Partei wieder ans Ruder kam, wurde Balfour denn auch Cabinetsminister, allerdings noch nicht ersten Ranges, sondern nur Präsident des Localverwaltungsamtes, während Lord Randolph Churchill Minister für Indien wurde. Das neue Cabinet dauerte nicht ganz acht Monate, wurde dann durch eine neue Regierung mit Gladstone abgelöst, die nach weniger als sechs Monaten durch die in Folge der Gladstone'schen Home Rule-Vorlage eingetretene liberale Secession wieder in die Brüche ging, und nun kehrte Lord Salisbury, diesmal gestützt auf das unionistische Cartell, an die Leitung der Geschäfte zurück.

Im neuen Ministerium wurde Balfour zunächst Minister für Schottland, allein nach Jahresfrist fiel ihm die Stelle als Minister für Irland zu, in jener Sturmzeit, als um Home Rule gestritten wurde, vielleicht der schwerste, verantwortungsvollste Posten im ganzen Cabinet. In den nächsten vier Jahren hat dann Balfour, der bis dahin immer noch vielleicht etwas mehr als der bevorzugte Neffe des Premiers, denn als eine auf sich selbst gestellte Persönlichkeit gegolten hatte, seine staatsmännischen Sporen verdient. Daß die irische Verwaltung damals straff, fest und sicher war, hätte man vielleicht hauptsächlich auf Rechnung der Entschlossenheit des ganzen Cabinets geschrieben, allein es zeigte sich bald, daß der junge Minister in seiner parlamentarischen Wirksamkeit mit seiner Verwaltung zu sehr im Einklange war, um die Annahme einer blos äußerlichen Vertretung aufkommen zu lassen. Herr Balfour focht Tag auf Tag, Monat auf Monat und Jahr auf Jahr seine Kämpfe mit den irischen Nationalisten und ihren englischen Helfern mit kühl überlegener Sammlung und viel äußerer Höflichkeit durch und erntete schließlich die allgemeine Anerkennung, daß er in Irland ein entschlosseneres und strafferes Regiment geführt als seit langer Zeit, daß er damit ganz unverhofft günstige Ergebnisse an Ort und Stelle erzielt und sich doch im Unterhause bei den Nationalisten weniger Abneigung zugezogen habe, als mancher seiner Vorgänger, der sie durch Nachgiebigkeit zu gewinnen suchte. Das war ein persönlicher und staatsmännischer Triumph ersten Ranges, und als im Jahre 1891 Lord Randolph Churchill im Zwiespalt mit seinen Collegen das Cabinet verließ und aus den Reihen der liberalen Unionisten hervor Herr Goschen an seiner Stelle das Finanzportefeuille übernahm, wunderte sich daher Niemand, daß Arthur Balfour zum ersten Lord des Schatzamts aufrückte und die Führung des Unterhauses übernahm. Lange hatte keine so jugendliche Gestalt den ersten Platz auf der Ministerbank im Unterhause eingenommen, als der kaum dreiundvierzigjährige Arthur Balfour, bei dem bis dahin noch kein graues Haar an die Bürde des Amtes erinnerte. Als Führer des Unterhauses lebte er sich nicht ganz so leicht in seine neuen Obliegenheiten ein, als er es bei seinen bisherigen Amtsstellungen vermocht hatte. Sein persönliches Auftreten, seine nie versagende vornehme Lebensart und sein verbindliches Wesen ließen nichts zu wünschen übrig, allein die süße Gewohnheit des Daseins als reicher, ganz unabhängiger Mann und seine Neigungen als Schöngeist und Dilettant standen ihm einigermaßen im Wege. Es fiel ihm schwer, sich in gewisse Routine-Arbeiten zu schicken, die die richtige parlamentarische Arbeitsbiene vom Schlage Chamberlains neben einem ungeheuern Haufen anderer Geschäfte spielend besorgt. Er zeigte sich mitunter ungenügend in der Tagesordnung beschlagen, die der Führer des Unterhauses jeden Tag am Schnürchen haben muß, und hatte die Wahlkreise nicht im Kopfe, für die der einzelne Abgeordnete im Unterhause saß. Der junge Führer des Unterhauses stand allerdings morgens nicht früher auf wie bisher, aber er studirte doch im Bett die Tagesordnung und prägte sich schließlich auch Namen und Wahlsitze wenigstens derer ein, die häufiger das Wort nahmen, bis er 1902 mit seinen Collegen zum letzten Male dem großen Greise und dessen Anhange Platz machte und selbst in der Opposition einige Ruhe und Muße wiederfand.

In den nächsten zehn Jahren wurde Arthur Balfour ein gereifter Staatsmann. Er füllte sich körperlich einigermaßen aus, blieb aber immer noch ein ziemlich schlanker Herr für sein Alter. Haar und Schnurrbart und das kurze Backenbärtchen seiner jungen Jahre wurden grau und grauer, aber die verbindlich freundlichen Züge behielten wenigstens den Abglanz der Jugend. Das Jahr 1895 führte ihn als Ersten Lord des Schatzamtes und Führer des Unterhauses auf die Ministerbank. Manches hatte sich inzwischen geändert. Die liberalen Unionisten hatten sich unter zwei Regierungen in politischem Zusammengehen soweit den Conservativen genähert, daß bei der neuen Cabinetsbildung eine Anzahl von ihnen unter Salisbury in das Ministerium trat, und das durch die Home-Rule-Bewegung geschaffene Cartell so auch äußerlich in die Erscheinung kam. Hierbei fiel Balfour eine ungemein wichtige Rolle zu. Er wurde das natürliche Bindeglied zwischen den alten Conservativen und ihren Bundesgenossen vom rechten Flügel, der ehemaligen liberalen Partei, oder, um es persönlich auszudrücken, zwischen Salisbury und Chamberlain, dem thatkräftigsten und bedeutendsten Manne der liberalen Secession. Balfour war dazu in mancher Hinsicht besonders geeignet. Die philosophische Ruhe und das persönlich Einnehmende seines Wesens, das ihm fast die Zuneigung der Irländer eingetragen, jedenfalls ihn vor ihrem Hasse bewahrt hatte, fiel dabei ebenso schwer ins Gewicht, als eine Neigung zum Zweifel, auch in politischen Dingen, die ihn vor übermäßiger Begeisterung oder Hartnäckigkeit bewahrte. Dabei war er nicht nur Lord Salisbury's rechte Hand und sein Stellvertreter, auch zeitweilig im Ministerium des Auswärtigen, sondern ist auch sein Lieblingsneffe, der im Grund seines Wesens politisch den liberalen Unionisten näher steht als den Altconservativen oder Tories.

Deutsches Reich.

B. C. **Berlin**, 15. Juli. (Ausstellung für Unfallverhütung.) Seitdem im Jahre 1880 die „Deutsche Allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung" die bis dahin bekannten Arbeiter-Schutzvorrichtungen zum ersten Male in umfassender Weise vorgeführt hat, ist der Wunsch hervorgetreten, den Interessenten fortlaufend Neues und Nachahmenswerthes auf diesem Gebiete durch Schaustellung allgemein zugänglich zu machen. Diesem Wunsche soll nunmehr von Seiten des Reichs durch Schaffung einer ständigen Ausstellung Rechnung getragen werden, welche sämmtliche Zweige der Arbeiterfürsorge, insbesondere die Vorkehrungen zur Unfallverhütung und die Einrichtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, umfassen soll. Das Ausstellungsgebäude ist in der leicht zu erreichenden, unweit der Technischen Hochschule gelegenen Fraunhoferstraße 11/12 in Charlottenburg erbaut worden und wird in kurzer Zeit auch in seiner inneren Einrichtung zur Aufnahme der Schaustücke fertiggestellt sein. Die Beschaffung der Ausstellungsgegenstände soll vornehmlich in der Weise erfolgen, daß einzelnen Arbeitgebern, sowie Erfindern und Fabrikanten neuer Unfallverhütungsvorrichtungen unentgeltlich der Raum zur Verfügung gestellt wird, auf dem sie die von ihnen eingeführten oder hergestellten Einrichtungen dieser Art zur öffentlichen Kenntniß bringen können. In gleicher Weise soll auch den Berufsgenossenschaften Gelegenheit zur Ausstellung mustergiltiger und bewährter Unfallverhütungsvorrichtungen geboten werden. Die Ausstellungsgegenstände sollen in Modellen oder in betriebsfertiger Ausführung, und die Maschinen, sofern sie mit Elektromotoren versehen sind, im Betriebe gezeigt werden. Die hierzu erforderliche elektrische Kraft wird kostenlos vom Reiche zur Verfügung gestellt werden. Ferner wird die vom Reichsamt des Innern ressortirende Verwaltung der „ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt" für eine der Belehrung der Besucher Rechnung tragende Vorführung der Maschinen, sowie für die Bewachung und die Instandhaltung der Ausstellungsgegenstände sorgen. Ueber die Zulassung der auszustellenden Gegenstände entscheidet die Verwaltung nach Anhörung eines vom Reichskanzler zu berufenden Beiraths von Sachverständigen. Sofern sich ergiebt, daß die in der Ausstellung zur Schau gestellten Apparate und Einrichtungen durch neuere Erfindungen überholt sind, oder daß sie in der praktischen Anwendung sich als nicht brauchbar oder als nicht zweckmäßig erweisen, oder sofern sonst Gründe vorliegen, welche die Entfernung gewisser Schaustücke von der Ausstellung als wünschenswerth erscheinen lassen, werden die Eigenthümer zur Zurücknahme und Abholung der Gegenstände aufgefordert werden. Die freiwerdenden Plätze sollen sodann alsbald mit anderen, die neuesten Erfindungen auf den einschlagenden Gebieten veranschaulichenden Schaustücken besetzt werden. Um zunächst einen Ueberblick über die Zahl der zu erwartenden Schaustücke und über das Bedürfniß an Raum zu gewinnen, sollen vorerst nur die Berufsgenossenschaften, ferner Gewerbeunternehmer, die sich auf dem Gebiete der Unfallverhütung, der Gewerbehygiene und der Arbeiterwohlfahrt hervorgethan haben, sowie auch die Erfinder und Fabrikanten bewährter, dem Schutze der Arbeiter dienender Vorrichtungen ersucht werden, sich wegen Beschickung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen. Mit der Ausstellungshalle ist ein Verwaltungsgebäude verbunden, in welchem sich ein größerer Saal befindet, welcher zu öffentlichen Vorträgen über Unfallverhütung, Wohnungsfürsorge, Gewerbehygiene und verwandte Gebiete benutzt werden soll.

+ **Berlin**, 15. Juli. (Der Bund der Landwirthe bei den nächsten Wahlen.) Es ist vorauszusehen, daß bei den nächsten allgemeinen Wahlen zwar alle Parteien ihre Kräfte anspannen, zwei aber dies in ganz besonderer Weise thun werden: die Socialdemokratie und der Bund der Landwirthe; die erstere, weil sie in der Zollfrage eine günstige Wahlparole erblickt, der letztere, weil es sich für ihn um eine Existenzfrage handelt. Giebt nämlich die ländliche Wählerschaft der bündlerischen Parole „Entweder Alles oder Nichts" Unrecht und stellt sie sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunct der gemäßigten Parteien und der verbündeten Regierungen, so wird die Frage, welche Existenzberechtigung der Bund der Landwirthe als politische Partei besitzt, in einer für den Bund fatalen Weise acut werden. Haben somit Socialdemokratie und Bund der Landwirthe diesmal ein besonders starkes Interesse an einem für sie günstigen Ausgange der Wahlen, so sind die Mittel, mit denen sie auf den Erfolg hinarbeiten, sehr verschieden. Die Socialdemokratie zieht diesmal, man muß dies auch als Gegner anerkennen, frei und ehrlich die rothe Flagge auf; sie erklärt alle bürgerlichen Parteien als Feind und verhöhnt den Gedanken, durch ein Cartell mit dem bürgerlichen Radicalismus die socialistischen Tendenzen einstellen zu lassen. Umgekehrt ist der Bund der Landwirthe je nach den Umständen hier national, dort — beispielsweise wo es sich um den Kampf gegen das Welfenthum handelt — „unparteilich", anderwärts centrumsfreundlich. Dabei begegnet es ihm denn, daß diese Vielseitigkeit das Mißtrauen Aller erweckt. So machen gleichzeitig Welfen und Centrum gegen den Bund mobil. Aus zwei Wahlkreisen, dem 14. — Celle-Gifhorn, wo bei der jüngst stattgefundenen Ersatzwahl der Bund der Landwirthe einen eigenen Candidaten aufgestellt hatte, der aber nicht einmal in die Stichwahl kam — und dem 11., der jetzt bündlerisch vertreten ist, wird dem hannoverschen Welfenblatte gemeldet, daß der Bund Anstrengungen macht, neue Anhänger zu gewinnen. Das hannoversche Hauptorgan der Welfenpartei bemerkt dazu spöttisch, Mühe und Arbeit des Bundes seien nutzlos, denn die hannöverschen Bauern hätten die Ueberzeugung gewonnen, daß der Bund die Hannoveraner in wirthschaftlicher Beziehung nur benutze, um sich die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, während er in politischer Hinsicht nur den Deckmantel der Unparteilichkeit umnähme. In derselben Weise spricht die „Köln. Volksztg." von der „verblüffenden Naivetät", mit der die bündlerische Presse erkläre, der Bund bekämpfe die Centrumsfraction niemals und fordere die Centrumspresse niemals heraus; das rheinische Blatt bemerkt hierzu: „Das ist ein Spiel mit Worten. Der Versuch des Bundes, an allen Enden der Centrumspartei bei den Wahlen ein Bein zu stellen, rechtfertigt doch wohl ausreichend die Stellung der Centrumspresse zum Bunde." Die biedermännischen Versicherungen der bündlerischen Presse würden nicht verfangen. Trauen also die nichtnationalen Parteien, wie Welfen und Centrum, dem Bunde nicht über den Weg, so wird derjenige Theil der Wählerschaft, dem der nationale Gedanke über der Frage, ob 5-, oder 6-, oder 7-Mark-Zoll, noch nicht ganz abhanden gekommen ist, durch das Liebäugeln des Bundes mit diesen Parteien stutzig gemacht. Der Bund der Landwirthe hat die beste Aussicht, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Steht er wirklich auf dem Standpuncte, daß der 7½-Mark-Zoll das Entscheidende, alles Uebrige Nebensache sei, so möge er ebenso offen wie die Socialdemokratie die Flagge aufziehen und erklären, daß er auf alle nationalen Fragen pfeife und Jeden, der nicht auf seine Forderungen eingeschworen sei, unbedingt als Feind ansehe.

⊙ **Berlin**, 15. Juli. (Telegramm.) Von der Nordlandsreise des Kaisers wird gemeldet:

* Bergen, 15. Juli. (Telegramm.) Der Kaiser machte gestern Nachmittag, vom Consul Mohr kommend, einen Besuch auf der amerikanischen Yacht des Mr. und Mrs. Robinson, die heute zur Abendtafel geladen wurden. Der zweite Courier ist heute eingetroffen. Die Yacht „Hohenzollern" und der Kreuzer „Nymphe" hatten anläßlich des Geburtstages des Prinzen Adalbert, der heute 18 Jahre und damit großjährig geworden ist, geflaggt. Heute wurde bei schönem Wetter die Fahrt nach Gudvangen fortgesetzt. Die Ankunft in Gudvangen erfolgt heute Abend circa 8 Uhr. Das Wetter ist mild. An Bord Alles wohl.

— Landwirthschaftsminister von Podbielski wird demnächst Ostpreußen bereisen. Der Minister wird Anfang August im Kreise Lyck und Johannisburg weilen. Seine Informationsreise beginnt in den letzten Tagen des Juli in Allenstein. Die conservative „Elbg. Ztg." widmet dem Minister folgende „Begrüßung":

Die großen Hoffnungen, die vielfach auf solche Ministerreisen gesetzt werden, sind in den meisten Fällen nicht in Erfüllung gegangen. Man wird daher gut thun, die Bedeutung dieser Reise des Landwirthschaftsministers nicht zu überschätzen. Was wirklich reformbedürftig ist, bekommen die Herren Minister selten oder nie zu sehen. Man giebt große Diners und Soupers, besichtigt sogenannte Musterwirthschaften, bewundert das fetteste Schwein und

SLUB
Wir führen Wissen.